



Gegen Vergessen! – Für Demokratie!

Orientierungen vor Ort: Projektvorschläge

Inhalt

Gegen Vergessen! – Für Demokratie!	2
Orientierungen vor Ort: Projektvorschläge	
Wiki-Projekt: „Neuere Geschichte im Duisburger Stadtbild“	5
Denkmalpflege und Denkmalnutzung	6
Zentraldenkmal für die Opfer des Nationalsozialismus	7
Wiederrichtung des Denkmals für die Kämpfer gegen den Kapp-Putsch.	8

Februar 2013

Gegen Vergessen! – Für Demokratie!

Orientierungen vor Ort: Projektvorschläge

Vorbemerkung:

Zur Zeit beginnt erneut eine Debatte um die örtliche und regional orientierte Ausgestaltung einer historischen Thematisierung mit Sicht auf die jüngeren Generationen – wiederum begrenzt auf die Jahre 1933 bis 1945. Die Ergebnisse, die sich von der Umsetzung der jetzt vorliegenden Handlungsvorschläge erwarten lassen, dürften den Erfahrungen aus den letzten 20 Jahren entsprechen:

- Es ist bei den Akteuren eine Wiederauflage einer aktionistischen Überwältigungspädagogik zu erwarten, die bei der Umsetzung eine faktische Nähe zum bekämpften Gegner nicht scheut. (Motto: *Gegen die Depersonalisierung des politischen Gegners! Daher: Fegt ihn weg, den braunen Dreck!*).
- Es ist bei den gutwilligen Unterstützerkreisen nach kurzer Zeit mit den schon aus den Vorjahren bekannten Abwehreffekten zu rechnen (ein durchaus politisch links stehender Ko-Rektor: *Ich habe es satt, meine Schüler als Komparsen bei Stolperstein-Verlegungen antreten zu lassen.*)
- Es ist bei den Jugendlichen mit der schon seit Jahren zu beobachtenden Mischung aus Neugier, Scheu, Beurteilungsunfähigkeit – und eigenwilliger Verwendung der im Regelfall geringen Kenntnisse im Nachgang zu erwarten.

Zum Anspruch:

Daher sei noch einmal darauf hingewiesen, welcher immens hohen Anspruch sich die Promotoren, sofern sie seriös bleiben wollen, stellen, wenn sie von Jugendlichen gerade diese Auseinandersetzung mit Lokal- und Regionalgeschichte erwarten. Vorauszusetzen sind bei einer solchen Auseinandersetzung nämlich nicht nur die Kenntnisse um die allgemeinen Verläufe, zudem sind noch die jeweiligen gesonderten Entwicklungen, Hintergründe und Verlagerungen vor Ort zu identifizieren und einzuordnen. Als Konsequenz bedeutet dies, daß die Hauptgefahr solcher Projekte, sofern sie überhaupt anschlagen, darin liegt, daß bloß schablonenhaft vorgegebene Freund-Feind-Bestimmungen eingeübt werden – also über eine Fülle von Detailwissen normatives Beurteilungsvermögen geradezu erschlagen wird. Um es deutlich zu sagen, zwei Probleme bestehen heute mit Sicherheit nicht mehr:

- Der Zweite Weltkrieg muß nicht noch einmal gewonnen werden, dies ist schon geschehen.

- Die Entnazifizierung, da wo es sich um wirkliche Täter handelt, ist auch nicht mehr zu leisten, die sind weitgehend verstorben.

Eine Vermittlungsabsicht, die sich darauf reduziert, einen schon geschlagenen Gegner jedes Jahr neu zu schlagen, baut ihn wieder auf. In den Vordergrund der Handlungsanlagen wären daher Projekte zu stellen, die die Konsequenzen aus den Vorgängen von 1933 bis 1945 vermitteln – dabei ist die Vermittlung von den entsprechenden historischen Kenntnissen ein Mittel der Vermittlung, aber nicht einmal ein zwingendes. Umgekehrt können historisch angelegte Projekte, auch antifaschistisch angelegte, durchaus ein unfreiwilliger Beitrag zur Wiederauflage bestimmter Konfliktlagen sein – einschließlich des durch die Konfliktführung der Gegenseite geförderten Aufbaus der rechtsradikalen Milieus. Gut gemacht bleibt halt das Gegenteil von gut gemeint!

Zur Zielsetzung: Die Auswahl von Projekten hat sich von daher nicht wie in der Politik, in der gelten mag: *Der Feind meines Feindes ist mein Freund!*, durchaus üblich an der Feindbestimmung zu orientieren, sondern am Vermittlungsziel. Und hierbei gilt zudem, wenn es sich um Jugendarbeit handelt: Das eigene Handeln hat den eigenen, beständig reklamierten Zielen zu entsprechen.

Wenn also die gemeinsame Gegnerschaft noch kein Kooperationskriterium ist, sondern die Kooperationskriterien sich hingegen am Einzelfall bewähren müssen, wird zugleich im Zuge der wechselseitig vorgenommenen inhaltlichen Kontrolle der Fundus, auf dem die Zusammenarbeit beruht, beständig ausgebaut.

Daher seien die Zielsetzungen, die im Folgenden unterstellt werden, plakativ benannt: *Für die künftigen mündigen Staatsbürger weitere Möglichkeiten zur geschichtlichen Einordnungsfähigkeit schaffen! Ausbau und Stärkung der persönlichen Autonomie als Voraussetzung eines demokratischen Staatswesens!*

Zu den Projekten: Im Folgenden werden vier lokalhistorisch orientierte Projekte mit Bezug auf den Jugendbereich kurz skizziert und begründet. Ihre Konzeption basiert in allen Fällen auf Ausgangsüberlegungen, die sich über die letzten mehr als zehn Jahre hinweg in unserer Arbeit nachweisen lassen. Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese bisher in dem Vorschlag für eine Dokumentationszentrum / Archiv zur Geschichte der Duisburger Demokratie¹

Im Einzelnen sind dies:

¹ Wenn auf die mangelnde Zugkraft der Idee verwiesen werden sollte, können wir im Gegenzug nicht nur auf die inzwischen achtjährige Paralyse der örtlichen Kräfte bezogen auf das NS-Dokumentationszentrum verweisen, sondern auch darauf, daß wegen der praktisch kaum überwindbaren Finanzierungsschranken und dem geringen Einsatzspektrum eines solchen Zentrums wir unsere ursprüngliche Idee aus 2000, eine Gedenkstätte, in der ersten Hälfte des Jahrzehnts modifiziert hatten.

- Wiki-Projekt: Neuere Geschichte im Duisburger Stadtbild.
- Denkmalpflege und Denkmalnutzung
- Zentraldenkmal für die Opfer des Nationalsozialismus
- Wiedererichtung des Denkmals für die Kämpfer gegen den Kapp-Putsch.

Im Folgenden finden sich jeweils kurze Projektbeschreibungen, hingewiesen wird auch auf mögliche Trägerstrukturen, mit denen sich im Rahmen eines bürgerschaftlichen Engagements bei zugrundeliegenden Kostenplänen jeweils ein solches Projekt angehen ließe.

In der Summe sind die Vorschläge so gehalten, daß sie das gesamte demokratische Spektrum abdecken, also für alle Couleurs auch Zumutungen enthalten, ohne jedoch die eine oder andere Seite zu überfordern – sofern die aufklärerische Intention auf allen Seiten geteilt wird.

Wiki-Projekt: „Neuere Geschichte im Duisburger Stadtbild“

Ausgangspunkt: Wieder einmal wurde in den letzten Monaten die Gestaltung des Stadtbildes als Auseinandersetzungsebene für die symbolische Politik entdeckt. Umbenennung von Straßen, Plätzen usw. usf. sind auf einmal *en vogue* und die absehbaren Gegenreaktionen sind z.T. heftiger als erwartet, siehe der Essener Bürgerentscheid. Hier wird nun ein anderes Vorgehen vorgeschlagen: Auf dem Hintergrund eines recht gründlichen Vorgehens in der Nachkriegszeit wird für Duisburg ein anderer Weg gewählt. Internetbasiert wird transparent gemacht, wie die neuere Geschichte mit ihren sich ablösenden Geschichtspolitiken in das Stadtbild eingegangen ist.

Darstellungsinhalte: Auf Basis von Kartierungen können die unterschiedlichen geschichtspolitischen Phasen an der Benennung von Schulen, Straßen, Parks usw. deutlich gemacht und mit Ergänzungsmaterialien versehen werden. Hierbei wird sich herausstellen, daß nach 1945, wie schon angedeutet, recht gründlich Umbenennungen vorgenommen wurden, dabei

- Widerstandskämpfer geehrt,
- die pazifistische Tradition aus dem ersten Weltkrieg aufgenommen wurde,
- Demokraten aller Parteien, auch wenn sie nicht immer glücklich agierten, gewürdigt wurden.

Gegen Vergessen! Für Demokratie! – Dieses Bild als unmittelbares, bis heute wirksames Nachkriegsprogramm läßt sich nachzeichnen und vermitteln.

Davon nicht oder kaum betroffen war hingegen der Traditionsstrang des preußischen Militarismus: Sedan- und Gravelottestraßen lassen grüßen, die Kolonialpolitik wirkt immer noch nach. Dies läßt sich beim besten Willen nicht alles umbenennen, mehr noch es wäre nicht einmal wünschenswert. Am bestehenden Objekt läßt sich mehr vermitteln und mehr lernen.

Die Darstellungsinhalte lassen sich weiter auffächern: Flächennutzungen können ausgewiesen, errichtete Denkmale aufgeführt werden usw. usf. Der konstruktiven Phantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt, so können richtige Umbenennungswellen im Einzelfall verfolgt werden: Vom Hindenburg- über den Hitler- zum August-Bebel-Platz.

Trägerstruktur: Ein solches Projekt könnte ein richtiges Tummelfeld für weiterführende Schulen darstellen, bei unterschiedlichen Sachaussagen und Interpretationen kann im Rahmen gemeinsamer Beurteilungskriterien über die Zulässigkeit von Zuschreibungen und Interpretationen gestritten werden.

Zu klären wären Organisationsmodalitäten, Finanzaufwand und Zugangsbedingungen – dann könnte nachdem ein bestimmter Grundstock in der Sache vorgegeben wurde, gestartet werden. Erforderlich dürften aber alles in allem sehr überschaubare Summen sein.

„Gesamtdeutsch“: Wünschenswert wäre, um den Blick für Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu schärfen, wenn ein solches Vorhaben auch einmal in einer ostdeutschen Stadt angegangen würde – und die Dokumentation sollte so aufgebaut werden, daß weitere Städte einen solchen Weg gehen könnten. Lokalgeschichte transparent machen. – Dies dürfte auch die Möglichkeiten zum Einwerben von Fördermitteln erhöhen.

Denkmalpflege und Denkmalnutzung

- Ausgangspunkt:** Die Liste der Denk- und Mahnmale, die in irgendeiner Form der unterschiedlichen Opfern und Opfergruppen des Nationalsozialismus gewidmet wurden, erfaßt allein für Duisburg – ohne die Kleinstdenkmale „Stolpersteine“ – inzwischen mehrere Seiten. Das Schicksal dieser Monumente ist, ohne alle Übertreibung, immer ähnlich: Eigentlich geraten sie unmittelbar nach Errichtung einsetzend sukzessive in Vergessenheit, so daß, wenn die Generation, derer die sie errichtet haben, aus dem öffentlichen Leben abgetreten ist, die nächsten Denkmale errichtet werden können.
- Zielrichtung:** Die bestehenden Denkmale sollten in der einen oder anderen Form ins städtische Leben geholt oder zurückgeholt werden. Sie sollten nicht bloß errichtet, sondern im auch im Anschluß „genutzt“ werden – genutzt werden für Vermittlungszwecke. Denkbar ist dabei vieles: Bestimmte Denkmale, wie z.B. das für Anne Frank, könnten von einzelnen Schulen oder auch Jugendverbänden oder auch Sportvereinen „betreut“ werden, nicht nur im Sinne der Säuberung von Schmutz, vor allem auch durch kleine Gesten. Zum Beispiel einmal im Jahr geht die aktuelle Klasse 10 am Denkmal vorbei, legt an einem sinnvoll ausgewählten Tag einen Strauß Blumen nieder, einige Schüler sprechen einige Worte. Eine kleine nicht zwanghafte Gedenkstunde – vermittelt wird dann vor allem zweierlei: Achtung vor dem menschlichen Leben und Pietät!
- Möglichkeiten:** Von Zeit zu Zeit wird gerne beschworen, daß die halbe Welt in Duisburg zu Gast sei oder gerade zuwandere, zumindest Individuen der unterschiedlichen Kulturen, Völker und Nationen. Dabei wird gerne übersehen, daß dies auch bedeutet, daß Kriegs- und Bürgerkriegsgegner aus allen Ländern sich in Duisburg wiederbegegnen, Vertriebene nach ihrer Flucht symbolisch ihren Peinigern hier über den Weg laufen – und umgekehrt. Haßkulturen werden überall auf der Welt mit ähnlichen Mitteln gepflegt, exemplarisch lassen sie sich an der deutschen und europäischen Geschichte auch demonstrieren. Dann muß man hin und wieder auch einmal die anderen Denkmale zeigen – zumindest im Foto – und aufweisen, daß die überwiegende Mehrheit der Kriegerdenkmale keine Mahnmale für den Frieden waren, sondern den Willen und die Forderung zum nächsten Krieg verkündeten.
- Organisationsweise:** Die bestehenden Listen sollten auf Vollständigkeit überprüft werden und dann könnten interessierbare und interessierte Institutionen auf Patenschaften angesprochen werden. Eine Koordinierungsstelle sollte vereinbart werden, die auch im Auge hält, ob solche Patenschaften noch aufrecht erhalten werden oder überhaupt werden können – bei der Wahl dieser wäre auf organisatorische Stabilität zu achten. Denkbar wäre zum Beispiel die Ansprache des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge – hier existieren inzwischen auch die pädagogischen Kenntnisse und Erfahrungen im kritischen Umgang mit der militaristischen Tradition.
- Gesonderte Finanzpläne dürften nicht erforderlich sein.

Zentraldenkmal für die Opfer des Nationalsozialismus

Ausgangspunkt: Schon vor Jahren hatten wir darauf hingewiesen, daß die angemessene Form, die Opfer des Nationalsozialismus zu würdigen, die Errichtung eines Zentralmahnmales wäre, auf dem die Namen aller bekannten Personen verzeichnet wären – dies würde auch der Würdigung derjenigen Opfergruppen dienen, die zumeist übersehen werden; genannt seien nur die Zeugen Jehovas oder die Euthanasie-Opfer.

Finanziert werden könnte ein solches Mahnmal mittels einer Baustein-Kampagne, getragen vom Jugendsektor. Der Errichtungszeitraum kann sich ruhig über zehn Jahre ziehen, wenn die Anlage so gehalten ist, daß ein sukzessiver Aufbau möglich bleibt.

Dilemmata: Organisatorische oder finanzielle Hindernisse sind dabei die geringeren Probleme. Entscheidend ist ein kaum zur Kenntnis genommenes inhaltliches Dilemma, weshalb sich niemand traut, ein solches Vorhaben näher ins Auge zu fassen: Es ist das Erfordernis von der stillschweigenden metaphorischen Verwendung des Wortes „Opfer“ zur exakten Verwendung des Wortes, bzw. eines wie auch definierten Begriffes überzugehen. Deutlich wird dies am bekannten Beispiel der versöhnenden Geste von Helmut Kohl und Francois Mitterrand über den Feldern von ... Es lag auch einer von der Waffen-SS auf dem Friedhof und ...

Wer war jetzt Opfer des Nationalsozialismus und wer wird nicht dazu gezählt? Für die politische Linke der 20er Jahre war noch klar, daß die Gefallenen des Ersten Weltkriegs Opfer des Militarismus waren - und wie ist dies mit den Gefallenen des Zweiten Weltkrieges? Unbestreitbar handelt es sich bei den Toten des Bombenkrieges um mittelbare Opfer des Nationalsozialismus und seiner Politik – nur wer war da alles Opfer seiner selbst? Doch wohl kaum die sechsjährigen Kinder?

Es ließen sich eine ganze Reihe weiterer Fragen aufwerfen und alle diese Fragen hätten immer einen konkreten Ertrag: Kriterien der Einordnung von Handlungen in Extremsituationen vorzunehmen und zu vermitteln.

Dabei kann sich herausstellen, daß dies nicht ohne Irrtümer geschehen kann. Dabei kann sich herausstellen, daß es nicht einmal wünschenswert ist, dies in allen Fällen zweifelsfrei festzustellen – aber eines läßt sich mit Sicherheit erreichen, daß es einen nicht unerheblichen Personenkreis gibt, der mit Sicherheit als Opfer zu bezeichnen ist. Und dem kann auch gedacht werden.

Vorgehensweise: Finanziell und organisatorisch betrachtet ist dies das Aufwendigste aller aufgeführten vier Vorhaben – nur dürften die finanziellen und organisatorischen Schranken, sobald konzeptionelles Einvernehmen hergestellt ist, das geringere Problem darstellen. Die entscheidende Hürde ist, die Eingrenzung der zu berücksichtigenden Personengruppe – und hier wäre eine geeignete Moderation zu suchen und zu finden, angebunden an eine Einrichtung, die von ihrer Aufgabenstellung mit den zu untersuchenden Inhalten und Problemlagen vertraut ist.

Wiedererrichtung des Denkmals für die Kämpfer gegen den Kapp-Putsch.

Ausgangspunkt: Entscheidender, aber inzwischen fast immer umgangener Bezugspunkt der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen zum Nationalsozialismus bleibt die Zeit der Weimarer Republik mit ihren Mehrfrontenkonflikten. Will man aus der Geschichte lernen, geht dies eigentlich nur an dieser Zeit, aus der Zeit danach läßt sich nur noch wenig lernen, zumindest nichts, was dazu beiträgt, Wiederholungen zu vermeiden. Wird das Bild des Nationalsozialismus in allen Lagern weitgehend identisch gezeichnet („*Irgendetwas ist furchtbar schief gegangen, warum können wir noch nicht so genau sagen.*“), schlagen die Frontstellungen der 20er Jahre unvermittelt wieder hoch, wird der Blick auf die Vorjahre gewendet; bei geändertem Personenkreis mit alter Leidenschaft. An einem Beispiel: Der „Blut-Mai 1929“, in der Erinnerung kultiviert über das unsägliche Lied „Roter Wedding“ (in einer Textversion: „*Genosse Mauser spricht ...*“), wird nie in einen Zusammenhang mit der „revolutionären Taktik“ der KPD gebracht, die zu diesem Zeitpunkt die „Sozialfaschisten“ der SPD zum Hauptfeind erklärt hatte und für ihr Vorhaben „Märtyrer“ brauchte. 1935 wurde eine entsprechende Selbstkritik im Grundsatz beschlossen, in allen Details gepflegt wurden weiter, bis heute, die alten Feindbilder gepflegt. Diese Hermetik der Geschichtsbilder auf allen Seiten zu brechen, wird erforderlich sein, soll, bezogen auf die vorgängigen politischen Prozesse, die Möglichkeit zu einem Lernprozeß eröffnet werden.

Das Vorhaben: Auf einem Hamborner Friedhof wurde in den 20er Jahren ein Denkmal für die Gefallenen der Kämpfe gegen die Kapp-Putschisten errichtet, das wie die meisten dieser Anlagen von den Nationalsozialisten geschleift wurde. Nicht einmal der damalige Standort soll heute noch ermittelbar sein, *damnatio memoriae* wurde bis in die Friedhofsakten hinein vollstreckt. Ein Foto existiert noch. Es könnte dazu genutzt werden, die Anlage neu zu errichten.

Aber nicht um die auf beiden Seiten gepflegten, vielfach deckungsgleichen Legenden zur „Roten Ruharmee“ wieder zum Leben zu erwecken – im Gegenteil um sich parallel zum Wiederaufbau mit den wirklichen Auseinandersetzungslinien der damaligen Zeit zu beschäftigen. Nur zwei Beispiele: Die KPD zögerte mit einer Beteiligung, die Last der Kämpfe wurde zu Beginn von Demokraten getragen ... Der erste Gefallene war ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkschafter, also DDP-nahe, ... Die erforderlichen Materialien liegen alle vor.

Ziel ist also eine doppelte, symbolische Emanzipation vom Geschichtsbild des Nationalsozialismus: Geschichtspolitisch motivierte Eingriffe werden punktuell revidiert und die dahinter liegenden Sachverhalte im demokratischen Spektrum gemeinsam erschlossen werden – dies bedeutet nicht, daß alle Bewertungen untereinander geteilt werden müssen.

Das Vorgehen: Es sollte in diesem Falle erst einmal eine öffentliche Debatte über Zielsetzung und Vorgehen angestoßen werden – gerade auch bezüglich der politischen Kernabsicht, die Weimarer Republik in der politischen Diskussion diskutabel zu machen – im doppelten Wortsinn. 2020 jährt sich der Widerstand zum 100. Male – bis dahin ist noch Zeit, aber auch nicht allzu viel.

Sinnvoll wäre es, für solches Vorhaben neben den Gewerkschaften die Bürgervereine, zumindest des Nordens und die zeitgeschichtlich arbeitenden Vereinigungen zu gewinnen.